

Ob das „GKV-WSG“ gegen das soziale Rückschrittsverbot in der Verfassung verstößt ist eine politische Frage. Wenn sie die Politik nicht in Verlegenheit bringt, geht sie ins Leere. Und was sollte eine Koalition, die sich die Große nennt, schon in Verlegenheit bringen? Von den Anhörungen im Bundestag gilt den Beobachtern als Highlight, dass sie auf der Presstribüne die Beine nicht ausstrecken, geschweige denn übereinander schlagen konnten. Was im Sommer noch absurd schien, die Bildung eines spätsozialistischen Einheitsverbandes der GKV und ihre Verstaatlichung mittels Gesundheitsfonds, das wurde im herbstlichen Berlin mit stoischer Professionalität angehört. Hält der Widerstand im Lande dennoch an? Wen will die Große Koalition gewinnen, sich für ihre Politik einzusetzen? Gibt es eine wirksame Gesundheitspolitik gegen das Gesundheitswesen? Fragen mit denen sich **Herbert Rebscher** ordnungspolitisch auseinandersetzt.

Und **Dirk Göppfarth** analysiert bereits die Finanzentwicklung des Gesundheitsfonds. Zwar verkauft die Politik den Gesundheitsfonds explizit als Vehikel zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen, doch allein schon das (unwürdige) Geschachere um dessen mögliche regionale Umverteilungswirkung lässt die (Un-)Beteiligten erschauern.

Das „GKV-WSG“ unternimmt vor dem Hintergrund des bisher unter ganz anderem Vorzeichen entwickelten Regulierungssystems der GKV eine ungeahnte Zentralisierung. Ein Einheitsverband soll alle Steuerungsinstrumente in der Hand halten. Ebenso wird die Finanzierung staatlich zentral reguliert. Offenbar muss die Politiker die Botschaft zuversichtlich gestimmt haben, die wettbewerbliche Gestaltung des Gesundheitswesens würde künftig von den einzelnen Krankenkassen übernommen, und das sei gut so. Soll sich diese Botschaft nicht als politische Täuschung erweisen, muss das Regulierungssystem der GKV unter diesen neuen Vorzeichen konzipiert werden. Neben ordnungspolitisch tragfähigen Instrumenten des Staates müssen dezentral nachhaltige Gestaltungsräume der Krankenkassen als Wettbewerber treten. Beides wird heute vermisst. Der Staat ist ohne die Selbstverwaltung auf Bundesebene inhaltlich nur zu groben Interventionen fähig; und

die einzelnen Krankenkassen haben recht wenig nachhaltige Instrumente. Die Implikationen dieser Ausgangslage und Konzepte für ein Wettbewerbssystem diskutiert **Klaus Jacobs und Sabine Schulze** in dieser Ausgabe.

Jürgen Wasem, Maral Manouguian und Stefan Greß zeigen mit ihrem Beitrag über die niederländische Reform, dass sozialstaatlicher Auftrag und wettbewerbliche Effizienz sinnvoll zu verknüpfen sind. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich auf zahlreichen Reisen in die Niederlande von dieser Entwicklung faszinieren lassen. Nach Hause mitgenommen haben sie (bisher) nichts. Gesundheits- und Sozialpolitik wird daher immer wieder über die Entwicklung des niederländischen Systems berichten, damit auch die Diskussion in Deutschland ermutigt wird.

In ihren Beiträgen analysieren **Susanne Dietrich und Karl-Heinz Schönbach** die Neueregulungen bei den Arzneimitteln. Inzwischen mühen sich selbst Experten angesichts der zahlreichen, sich z. T. widersprechenden Regelungen im Arzneimittelbereich vergeblich, die Wirkungen dieser Instrumente noch halbwegs abzuschätzen. Schönbach versucht darüber hinaus am Beispiel der Arzneimittel zu zeigen, dass es tatsächlich auf eine Art Verstaatlichung hinausliefere, wenn der hypertrophe Regulierungsapparat auf der Makroebene in einem Einheitsverband zentralisiert wird, während die Krankenkassen als Wettbewerber kaum Aktionsparameter haben. Das Bundeskartellamt spricht von einer Art „Restwettbewerb“. Gerade im Beschaffungsbereich der Krankenkassen können aber bestehende Ansätze gesetzlich weiterentwickelt werden, um den Wettbewerb zu stärken. Das „GKV-WSG“ bietet fast für alles Ansätze, auch dafür.

Und schließlich schauen **Udo Kruse und Silke Kruse** beherzt in die z. T. kakophonische Diskussion um die künftige Rolle der Krankenkassen in der Gesundheitspolitik. Und das Ergebnis verwundert nicht: Die Diskussion geht weiter. Und das ist doch auch tröstlich.

Karl-Heinz Schönbach

